



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB e.V.
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
[bundesverband@
frauenbund.de](mailto:bundesverband@frauenbund.de)
www.frauenbund.de

Stellungnahme

Gesellschaft zusammenhalten – unsere gemeinsame Verantwortung

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) hält das Handeln der Bundesregierung im September 2015 angesichts der sich zuspitzenden humanitären Katastrophe in Europa weiterhin für richtig und notwendig.

Im vergangenen Jahr sind 890 000 Menschen nach Deutschland gekommen, um hier Schutz zu suchen, darunter auch viele Mädchen und Frauen. Viele von ihnen werden für längere Zeit in Deutschland bleiben, weil in ihren Heimatländern Krieg herrscht oder ihnen aus anderen Gründen Verfolgung droht. Für das Gelingen der Integration der Bleibeberechtigten sind die Aufnahmebereitschaft und Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft ebenso notwendig wie gute gesetzliche Rahmenbedingungen.

Unser ausdrücklicher Dank gilt allen Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen, die sich mit großer Hilfsbereitschaft dafür eingesetzt haben und weiterhin dafür einsetzen, dass schutzsuchende Menschen die notwendige Unterstützung erhielten bzw. weiterhin erhalten.

Als Zusammenschluss von christlichen Frauen aller Generationen nehmen wir Verantwortung für unsere Nächsten wahr. Solidarisch unterstützen wir, auch über die Notsituation hinaus, jene Frauen, die neu nach Deutschland gekommen sind. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sie am hiesigen gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu gehört, dass Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrungen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache zu erwerben, die Schulbildung abzuschließen, einen Beruf zu erlernen und ihm nachzugehen. Die bereits 2007 in seiner Erklärung „Bildung und Ausbildung - Schlüssel für gelingende Integration“ aufgestellten Forderungen nach Zugang sowohl zu schulischer als auch zu kultureller Bildung hält der KDFB aufrecht und bestärkt sie angesichts der aktuellen Situation.

Den Forderungen der KDFB-Stellungnahme „Gekommen, um zu teilen - gelingende Integration und Schutz für Flüchtlingsfrauen“ von Oktober 2015 verleihen wir Nachdruck. Dazu gehört prioritär, Armut und Fluchtursachen weltweit nachhaltig zu bekämpfen. Ebenfalls notwendig ist eine konsequente Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht, um die Aufnahmebereitschaft und -kapazitäten für jene, die des Schutzes in Deutschland bedürfen, nicht zu gefährden. Dabei wissen wir um die menschliche Härte, die eine Abschiebung für alle Beteiligten bedeutet.

Wir nehmen die Sorgen derer ernst, die sich vor den Veränderungen, die mit den vielen Zugewanderten entstehen, ängstigen. Wir setzen uns für einen konstruktiven und nachhaltigen Diskurs darüber ein, wie wir diesen legitimen Ängsten als

Gesellschaft begegnen können. Gleichzeitig machen wir uns bewusst, wieviel Ängste bei den Menschen, die zu uns gekommen sind, durch Erfahrungen auf der Flucht und vereinzelt hier in Deutschland entstanden sind. Integration ist eine beidseitige Herausforderung: Sie erfordert die Anerkennung und den Einsatz für unsere Rechte und Werte. Diese gelten selbstverständlich uneingeschränkt für jede und jeden, die bzw. der bei uns lebt.

Wir verurteilen jegliche Äußerungen und Taten von Hass und Gewalt auf das Schärfste. Das betrifft insbesondere Äußerungen, die mit einer Diffamierung von Fremden und/oder anderen Religionen und Kulturen einhergehen. Die Zahl der Übergriffe auf Wohneinrichtungen für Geflüchtete und Gotteshäuser sowie die verbale und physische Gewalt gegenüber „Fremden“ ist besorgniserregend. Ebenso verurteilen wir, dass Vertreterinnen und Vertreter unserer repräsentativen Demokratie angegriffen werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen, die sich ehren- oder hauptamtlich für andere einsetzen, Anfeindungen ausgesetzt sind.

Wir setzen uns als KDFB für ein wertschätzendes Miteinander zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Ethnien und Religionen bei uns ein – auch dann, wenn es schwierig ist. Wir danken all jenen Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Kirche, die dazu deutlich Stellung beziehen. Politikerinnen und Politiker sowie Medienvertreterinnen und -vertreter rufen wir dazu auf, ihre Vorbild- und Leitungsfunktion auch hinsichtlich ihrer Sprache und Kommunikation bewusst und verantwortlich wahr zu nehmen. Sie sind in besonderer Weise gefordert, durch bedachte Äußerungen zu einem Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen beizutragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowohl durch ihre Kommunikation als auch ihr Handeln zu stärken.

Respekt und Toleranz, Freiheit der Rede und Religion, Achtung des Rechtsstaats sind die Grundfeste unserer Demokratie, die wir als Frauenbundfrauen mit Nachdruck gegen alle Angriffe verteidigen: Gesellschaft zusammenhalten – gemeinsam schaffen wir das!

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 23.10.2016